

# Inhalt

<b>A</b>	<b>Einführung</b>	1
I.	Die Stellung des Verbraucherschutzrechtes im Privatrecht	1
1.	Sonderregeln zum Schutz des Verbrauchers	1
2.	Verbraucherschutz außerhalb des Anwendungsbereichs der Sonderregeln	2
II.	Rechtfertigung für Sonderregeln	5
III.	Die Reaktion der Rechtsordnung	7
IV.	Das Verbraucherschutzrecht als Bestandteil des Rechts der Europäischen Union	10
V.	Persönlicher Anwendungsbereich des Verbraucherschutzrechts	12
1.	Der Verbraucher	12
2.	Der Unternehmer	14
<b>B</b>	<b>Verbraucherschutz bei Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen</b>	17
I.	Zweck und Gefahren von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	17
1.	Zweck von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	17
2.	Die mit der Verwendung von AGB für den Adressaten verbundenen Gefahren	18
II.	Die Klauselrichtlinie	18
III.	Die Reaktion der Rechtsordnung auf die geschilderte Problematik	19
IV.	Begriff und Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	19
1.	Begriff	19
2.	Sachlicher Anwendungsbereich	20
3.	Einbeziehung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag	21
4.	Wirksamkeitshindernisse	23
5.	Vorrang der Individualabrede	23
6.	Auslegung von AGB	23

V.	Inhaltskontrolle .....	24
1.	Von der Inhaltskontrolle erfasste Abreden .....	24
2.	Klauselverbote mit und ohne Wertungsmöglichkeit .....	25
3.	Die Generalklausel .....	25
a)	Das Transparenzgebot .....	25
b)	Unangemessene Benachteiligung nach § 307 Abs. 2 BGB.....	26
VI.	Rechtsfolgen unwirksamer Bestimmungen .....	27
<b>C</b>	<b>Unbestellte Leistungen (§ 241a BGB) .....</b>	<b>31</b>
I.	Zweck der Norm .....	31
II.	Umsetzung der Fernabsatzrichtlinie .....	31
III.	Die Voraussetzungen .....	32
1.	Persönlicher Anwendungsbereich .....	32
2.	Unbestellte Leistungen/Waren .....	32
IV.	Die Rechtsfolgen .....	33
1.	Vertragliche Ansprüche .....	33
2.	Herausgabeanspruch nach § 985 BGB .....	34
3.	Schadensersatzansprüche .....	34
4.	Bereicherungsrechtliche Ansprüche .....	34
5.	Erhaltung gesetzlicher Ansprüche .....	35
6.	Ansprüche Dritter gegen den Verbraucher .....	35
7.	Ansprüche des Unternehmers gegen Dritte .....	36
<b>D</b>	<b>Das Widerrufsrecht am Beispiel des Haustürgeschäfts .....</b>	<b>39</b>
I.	Zweck der Regelung .....	39
II.	Die Haustürrichtlinie .....	40
III.	Die Tatbestandselemente .....	40
1.	Die besondere Vertragsanbahnungssituation .....	40
2.	Die entgeltliche Leistung .....	41
3.	Persönlicher Anwendungsbereich .....	42
IV.	Die Rechtsfolgen .....	43
1.	Das Widerrufsrecht .....	43
2.	Das Rückgaberecht .....	45
3.	Rechtslage vor Ausübung des Widerrufs-/Rückgaberechts .....	46
4.	Rechtslage nach Ausübung des Widerrufsrechts .....	46
5.	Formerfordernisse für Kündigung und Vollmacht zur Kündigung .....	47
V.	Verbundene Verträge .....	48
1.	Normzweck und Anwendungsbereich .....	48
2.	Rechtsfolgen .....	50
a)	Folgen des Widerrufs.....	50
b)	Einwendungen.....	51

<b>E</b>	<b>Fernabsatz und elektronischer Geschäftsverkehr</b>	55
I.	Fernabsatz	55
1.	Normzweck der Sonderregeln	55
2.	Die Fernabsatzrichtlinie	55
3.	Die Schutzinstrumentarien	56
4.	Die Voraussetzungen für die Annahme eines Fernabsatzgeschäftes	56
5.	Rechtsfolgen	58
a)	Informationspflichten (§ 312c BGB)	58
b)	Das Widerrufsrecht	59
6.	Fernabsatzrecht und Minderjährigenschutz	64
II.	Elektronischer Geschäftsverkehr	65
<b>F</b>	<b>Verbraucherdarlehens- und ähnliche Verträge</b>	71
I.	Normzweck	71
II.	Verbraucherkreditrichtlinie	73
III.	Die Schutzinstrumentarien	74
IV.	Voraussetzungen des Verbraucherdarlehensvertrages	75
V.	Die einschlägigen Regeln	77
1.	Informations- und Erläuterungspflichten	77
2.	Formvorschriften	78
3.	Widerrufsrechte/Kündigung	78
4.	Schutz vor finanzieller Überforderung	79
5.	Schutz vor aufgedrängten Schulden	80
6.	Zwingendes Recht in Bezug auf den Vertragsinhalt	81
VI.	Finanzierungshilfe/Teilzahlungsgeschäfte	81
1.	Finanzierungshilfe	81
2.	Teilzahlungsgeschäfte	83
VII.	Verbundene Geschäfte	84
1.	Erstreckung des Widerrufsrechts auf den finanzierten Vertrag	84
2.	Erstreckung von Einwendungen aus dem Darlehensvertrag auf den finanzierten Vertrag	86
VIII.	Finanzierungsleasing	86
1.	Die Ausgangslage	86
2.	Erstreckung der Einreden aus dem Kaufvertrag auf den Mietvertrag	88
a)	Der Leasingnehmer ist Verbraucher und es liegt ein verbundenes Geschäft vor	88
b)	Leasingnehmer ist kein Verbraucher bzw. es liegt kein verbundenes Geschäft vor	89
IX.	Ratenlieferungsverträge	90
1.	Die Ausgangslage	90

2.	Der Anwendungsbereich .....	90
3.	Die Schutzinstrumente .....	91
X.	Verbraucherkredit und Ratenlieferung im Überblick .....	92
<b>G</b>	<b>Verbrauchsgüterkauf</b> .....	95
I.	Normzweck .....	95
II.	Die Verbrauchsgüterkaufrichtlinie .....	95
III.	Der Anwendungsbereich der Regeln .....	96
1.	Die Grundaussage .....	96
2.	Ausnahmen .....	97
IV.	Die Rechtsfolgen .....	98
1.	Zwingendes Recht .....	98
2.	Beweislastumkehr .....	99
3.	Garantien .....	100
4.	Versendungskauf .....	101
5.	Umgehungen .....	102
a)	Das Agenturgeschäft.....	102
b)	Das Finanzierungsleasing .....	103
<b>H</b>	<b>Gewinnzusagen</b> .....	105
I.	Normzweck .....	105
II.	Die Voraussetzungen .....	105
1.	Gewinnzusage oder vergleichbare Mitteilung .....	105
2.	Versendung .....	106
III.	Die Rechtsfolgen .....	107
<b>I</b>	<b>Verbraucherschutz bei Pauschalreisen</b> .....	109
I.	Typische Probleme bei Pauschalreisen .....	109
II.	Die Pauschalreiserichtlinie und weitere europäische Regelungen .....	111
III.	Pauschalreisen und Individualreisen .....	112
1.	Der sachliche Anwendungsbereich des Pauschalreiserechts ....	112
2.	Der persönliche Anwendungsbereich des Pauschalreiserechts .....	113
3.	Individualreisen .....	114
IV.	Schutzmechanismen im Pauschalreiserecht .....	116
1.	Veranstalterpflichten und Adressat der Reiseleistung .....	116
2.	Mängelgewährleistung und Geltendmachung von Mängelrechten .....	118
3.	Rechte und Pflichten des Reisenden bei einem Reisemangel .....	119
a)	Pflichten.....	119
b)	Rechte des Reisenden: Minderung, Kündigung, Schadensersatz .....	120
aa)	Minderung .....	120
bb)	Kündigung und Rücktritt .....	121

cc) Schadensersatz.....	123
dd) Haftungsbeschränkung.....	124
<b>J Verbraucherschutz bei fehlerhaften Produkten .....</b>	<b>129</b>
I. Problemstellung .....	129
II. Die Systematik der Produzenten- und Produkthaftung .....	132
III. Die Produzentenhaftung nach § 823 Abs. 1 BGB .....	133
1. Die Grundregel: Beweislastumkehr .....	133
2. Verkehrspflichten von Produktherstellern .....	134
a) Konstruktionsfehler .....	134
b) Fabrikationsfehler .....	135
c) Anleitungs- und Instruktionsfehler .....	136
d) Produktbeobachtungs- und Warnpflichten .....	137
3. Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Rechtsgutsbeeinträchtigung .....	137
4. Rechtswidrigkeit und Verschulden .....	138
5. Rechtsfolgen .....	139
IV. Die Haftung nach dem ProdukthaftungsG .....	139
1. Produkthaftungsgesetz und Produkthaftungsrichtlinie .....	139
2. Der Grundsatz: Haftung für die Herstellung von schadensverursachenden fehlerhaften Produkten .....	140
a) Anspruchsgrundlage .....	140
b) Produkt .....	140
c) Fehler .....	141
3. Die Ausnahmen von der Haftung, § 1 Abs. 2 ProdHaftG .....	141
4. Rechtswidrigkeit und Verschulden .....	142
5. Rechtsfolgen .....	142
<b>K Verbraucherschutz durch Wettbewerbsrecht (UWG) .....</b>	<b>147</b>
I. Problemstellung .....	147
1. Durchsetzung kollektiver Interessen im Wettbewerb .....	147
2. Einige historische Eckdaten zur Entwicklung des kollektiven Rechtsschutzes .....	148
3. Verbraucherschutz und UWG – Europäische Einflüsse .....	149
II. Charakterisierung und Aufbau des UWG .....	150
1. Charakterisierung des UWG .....	150
2. Aufbau des UWG .....	151
III. Die Verbotsnormen .....	152
1. Die für alle geschäftlichen Handlungen geltenden Verbote .....	152
2. Die für verbraucherbezogene Geschäfte geltenden Normen .....	154
IV. Die Anspruchsgrundlagen des Lauterkeitsrechts .....	156
V. Prozessuales, §§ 12 bis 15 UWG .....	157
VI. Strafvorschriften, §§ 16 bis 19 UWG .....	158
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>165</b>

Verbraucherschutz im Zivilrecht

Grunewald, B.; Peifer, K.-N.

2010, XVIII, 169 S., Softcover

ISBN: 978-3-642-14420-2